

Algerien: Stabilität trotz aller Widrigkeiten

Die Stabilität Algeriens wird durch die anhaltend niedrigen Ölpreise und mangels eines echten demokratischen Wandels auf die Probe gestellt. Dennoch erweist sich das Regime als erstaunlich widerstandsfähig.

Von Lisa Watanabe

Algerien ist für Europa ein strategisch wichtiger Partner. Das Land ist der drittgrösste Gaslieferant Europas, zählt zu den drei wichtigsten Ölproduzenten in Afrika und besitzt vermutlich die drittgrössten Schiefergasreserven der Welt. Neben seiner wichtigen Funktion als Energielieferant spielt Algerien ausserdem eine zunehmend prominente Rolle bei der Wiederherstellung der Sicherheit in der Region: Es sicherte 2013 den politischen Konsens zwischen islamistischen und nicht-islamistischen Parteien in Tunesien während dessen politischer Krise, leistete 2015 einen entscheidenden Beitrag zur Beilegung des Konflikts in Mali und beteiligt sich derzeit als Mediator an den Verhandlungen zur Beendigung der Libyenkrise. Darüber hinaus ist das Land für die EU ein wichtiger Partner bei der Terrorismusbekämpfung, wie die kürzlich erfolgte Einrichtung eines bilateralen Konsultationsmechanismus für den Antiterrorkampf zeigt.

Angesichts der anhaltenden Turbulenzen in der Region hat sich Algerien als stabilisierendes Element erwiesen. Aus den Unruhen von 1988 klug geworden, gelang es der Regierung, den Trend abzuwenden, der 2011 die gesamte Region erfasste. Dies war vor allem der Nutzung der Einnahmen aus Öl- und Gasförderung und der Einleitung begrenzter politischer Reformen zu verdanken. Letztere müssen allerdings zunächst einmal Wirkung zeigen. Die Parlamentswahlen im Mai 2017 werden voraussichtlich wenig dazu beitragen, die



Demonstranten spiegeln sich in Schutzschildern der Polizei in Algier. Die algerischen Sicherheitskräfte waren im Februar 2011 entschlossen, eine Revolution wie in Ägypten auszumerzen.

erstarre politische Landschaft zu erneuern. Selbst die Ablösung von Präsident Abdelaziz Bouteflika dürfte weder einen Stabilitätsverlust noch bedeutende Umbrüche nach sich ziehen. Dabei ist es gerade diese politische Unbeweglichkeit in Kombination mit den schwindenden Öleinnahmen, die das Regime in den nächsten Jahren unter Druck setzen wird – wenn auch lange nicht so heftig wie der Ölpreisschock von 1986, der zu den Ausschreitungen von 1988 und letztlich zum Bürgerkrieg der 1990er-Jahre führte.

Von der Befreiung zum Bürgerkrieg

1962 erlangte Algerien nach achtjährigem Befreiungskrieg die Unabhängigkeit von Frankreich. In der vom Krieg verwüsteten und von den zurückkehrenden französischen Siedlern zerstört zurückgelassenen Jungrepublik wurde ein präsidentielles Einparteiensystem errichtet. Die Nationale Befreiungsfront (*Front de Libération Nationale*, FLN) avancierte als Hauptakteur der Befreiungsbewegung zur Einheitspartei. Ihr bewaffneter Arm, die nationale Befreiungsarmee (*Armée de Libération Nationale*,

Chronologie

1962 Algerien erlangt unter Führung der FLN die Unabhängigkeit von Frankreich.

Mitte 1986 Die Ölpreise beginnen zu kollabieren.

Oktober 1988 Es kommt zu Unruhen aufgrund von Armut und sozialer Ungleichheit; 500 Tote und tausende Verwundete.

1989 Beschwichtigungsversuche: Abschaffung des Einparteiensystems; Zulassung anderer politischer Parteien; Gründung der FIS.

Juni 1990 Kommunalwahlen: Die FIS erreicht 54%, die FLN 28%.

Dezember 1991 Erste Runde der freien Parlamentswahlen: Die FIS erzielt einen Erdrutschsieg (188 von 232 verfügbaren Sitzen).

Januar – März 1992 Die zweite Runde der Parlamentswahlen findet nicht statt; die Armee forciert die Absetzung der politischen Institutionen und gründet den HCE; dieser ruft den Notstand aus und verbietet die FIS.

November 1995 Wiederaufnahme des institutionellen Prozesses mit Präsidentschaftswahlen; die Wahl gewinnt General Liamine Zeroual.

Juni 1997 Parlamentswahlen: RND gewinnt Mehrheit der Sitze, gefolgt von FLN.

September 1997 AIS vereinbart Waffenruhe mit Regierungskräften.

April 1999 Präsidentschaftswahlen; Bouteflika trägt klaren Sieg davon.

Mai 2002 Parlamentswahlen: FLN gewinnt mit absoluter Mehrheit, gefolgt von RND.

Februar – April 2003 Geiselnahme 32 europäischer Touristen, darunter 4 Schweizer, durch die GSPC im Südosten Algeriens.

April 2004 Bouteflika wird für eine zweite Amtszeit gewählt.

Januar 2007 GSPC benennt sich in «Al-Qaida im Islamischen Maghreb» um.

Mai 2007 Parlamentswahlen: FLN gewinnt Mehrheit der Sitze, gefolgt von RND.

November 2008 Verfassungsänderung ermöglicht dem Präsidenten mehr als zwei Amtszeiten.

April 2009 Bouteflika wird für eine dritte Amtszeit gewählt.

Januar – Februar 2011 Proteste wegen Verteuerung von Grundnahrungsmitteln. Politische Bewegung fordert Ende des Notstands und begrenzte politische Reformen.

2011 Regierung setzt auf Befriedung: Erhöhung öffentlicher Ausgaben; Versprechung politischer Reformen

April 2014 Bouteflika wird für eine vierte Amtszeit gewählt.

Februar 2016 Verfassungsreform: Amtszeiten des Präsidenten wieder auf zwei beschränkt; Premierminister wird von Parlamentsmehrheit ernannt; Rede- und Vereinigungsfreiheit garantiert; unabhängige Wahlkommission geschaffen.

ALN), wandelte sich zur regulären Armee, die jedoch – gestärkt durch ihre Rolle bei der Befreiung des Landes – die Macht niemals vollends an die Politiker abtrat.

In den ersten beiden Jahrzehnten der Unabhängigkeit herrschte ein Staatssozialismus. Die Einparteiherrschaft in Algerien basierte folglich nicht allein auf den revolutionären Bestrebungen der FLN, sondern auch auf ihrem Image als egalitäre Partei. In den 1970er-Jahren war das Öl zum wichtigsten Standbein des Regimes geworden. Es versetzte die Regierung in die Lage, die Mehrheit der Bevölkerung durch Bereitstellung von Subventionen und staatlichen Arbeitsplätzen in sozioökonomischer Hinsicht zufriedenzustellen.

Ende der 1980er-Jahre begann aber mit dem Ölpreis auch die Freigiebigkeit der Regierung nachzulassen. Drastische Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben, vor allem in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wohnung, waren die Folge. Subventionskürzungen, begleitet von Inflation und Importbeschränkungen, machten sich besonders in der Unter- und Mittelschicht bemerkbar und beschädigten die Glaubwürdigkeit der FLN als volksnahe Partei. Im Oktober 1988 gingen die Menschen auf die Strasse, um gegen wirtschaftliche Nöte und die scheinbare Gleichgültigkeit der Regierenden zu protestieren. Dabei wurden unter den Demonstranten, deren Forderungen sich anfänglich auf sozioökonomische Belange bezogen, schnell Rufe nach radikaleren Reformen laut. Militante Islamisten, die angesichts der iranischen Revolution von 1979 und dem Abzug der Sowjets aus Afghanistan Aufwind bekommen hatten, wurden zur zentralen mobilisierenden Kraft. Es gelang ihnen, die Sympathien der frustrierten Bevölkerung zu gewinnen und die anfänglich durch Jugend- und Arbeitergruppierungen angeführten Proteste in einen echten Feldzug gegen die FLN-geführte Regierung zu verwandeln.

Während der zweiwöchigen Unruhen wurden über 500 Demonstranten getötet und Tausende verletzt. Um die eigene Macht zu erhalten und die Unterstützung für die Islamisten durch deren Einbindung in Wahlen zu schwächen, gab die Regierung das Einparteiensystem auf und ersetzte es durch ein Mehrparteiensystem. Es entstanden rund 60 neue Parteien, darunter die Islamische Heilsfront (*Front Islamique du Salut*, FIS), die 1989 als Dachpartei für verschiedene islamistische Gruppierungen gebildet worden war. Bei Kommunalwahlen im Juni 1990 gewann die FIS 54 Prozent der Sitze,

während die FLN gerade einmal auf 28 Prozent kam. In der ersten Runde der Parlamentswahlen 1991 konnte die FIS 188 der 230 verfügbaren Sitze ergattern.

Aus Furcht vor einem Sieg der Islamisten in der zweiten Runde putschte die Armee unter dem Vorwand, eine islamische Revolution in Algerien verhindern zu wollen. Im Januar 1992 wurden unter dem Druck des Militärs alle politischen Institutionen aufgelöst und ein Notstand ausgerufen. Die Staatsführung wurde einem neu gebildeten Hohen Staatsrat (*Haut Comité d'Etat*, HCE) übertragen, der das Ergebnis der ersten Wahlrunde für nichtig erklärte und die FIS verbot.

Die Unterbrechung des institutionellen Prozesses und das scharfe Vorgehen gegen die Islamisten stürzten das Land in einen Bürgerkrieg zwischen Regierung und bewaffneten islamistischen Guerillagruppen, allen voran die Islamische Heilsarmee (*Armée Islamique du Salut*, AIS) als bewaffneter Arm der FIS. Erst 1997 ebte die Gewalt langsam ab, nachdem Sicherheitskräfte die Oberhand erlangt hatten und ein Waffenstillstand mit der AIS ausgehandelt war. Offiziell endete der Krieg aber erst im Jahr 2000, als die AIS infolge des Amnestieversprechens von 1999 für islamistische Kämpfer, die keine schweren Verbrechen begangen hatten, ihre Waffen niederlegte.

Kein Frühling in Algerien

Obwohl Algerien nach dem Ende des Bürgerkrieges relativ stabil war, kam es im Zuge des «Arabischen Frühlings» 2010/11 wieder vermehrt zu Unruhen. Schliesslich herrschten dort ähnliche Bedingungen wie diejenigen, die in den Nachbarländern den Unmut des Volkes erregten. Zwar waren ab der Mitte der 1990er-Jahre wieder politische Institutionen und ein Mehrparteiensystem mit regulären Präsidentschafts-, National- und Kommunalwahlen eingerichtet worden. Trotzdem glaubten viele Menschen nicht mehr daran, Veränderungen mittels Urnengang herbeiführen zu können. Es schien keine glaubhafte Alternative zur FLN und ihrem Koalitionspartner, der Nationalen Demokratischen Sammlung (*Rassemblement National Démocratique*, RND), zu geben. Sogar die moderate islamistische Opposition war kooperiert worden. Einschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit bestanden trotz Beendigung des Bürgerkrieges weiter, Korruption und Vetternwirtschaft blühten, die ökonomischen Bedingungen verschlechterten sich, es herrschten Wohnungsnot und hohe Jugendarbeitslosigkeit.

Zu ersten Protesten in Algerien kam es im Januar 2011 infolge der Verteuerung von Grundnahrungsmitteln wie Speiseöl und Zucker. Hier ging es zunächst mehr um sozioökonomische Belange als um politische Veränderungen. Dennoch bildete sich im Zuge dieser Proteste eine politische Bewegung heraus: die Nationale Koordination für Wandel und Demokratie (*Coordination Nationale pour le Changement et la Démocratie*, CNCND), in der sich Oppositionsparteien, zivile Organisationen und unabhängige Gewerkschaften zusammengeschlossen hatten. Die CNCND stellte drei Hauptforderungen: Das Ende des 1992 verhängten Notstands, die Aufhebung der Beschränkungen in Bezug auf Presse und politische Beteiligung und die Entlassung der bei den Januar-Protesten inhaftierten Personen.

Anders als 1988 konnte die Regierung den sozioökonomischen Forderungen dank der hohen Ölpreise in den 2000er-Jahren diesmal Folge leisten. Sie beschloss gezielte Mehrausgaben zugunsten der ärmsten Schichten, eines Grossteils der Staatsbe-

Eine kluge Gewährung politischer Zugeständnisse trug zur Besänftigung der Massen bei.

diensteten und der Rentner. Angesichts der enormen Jugendarbeitslosigkeit und der erhöhten Protestbereitschaft der Jugendlichen wurde diese Zielgruppe ebenfalls besonders bedacht. Um jungen Unternehmern unter die Arme zu greifen, führte die Regierung entsprechende Vorzugskredite, Steuerbefreiungen und Entschuldungsmechanismen ein.

Auch die Nachwirkungen des jahrelangen Bürgerkriegs auf die Zivilgesellschaft und die nationale Psyche erschwerten eine breit angelegte Mobilisierung. Eine kluge Gewährung politischer Zugeständnisse durch die Regierung trug ebenfalls zur Besänftigung der Massen bei: Der 19-jährige Notstand wurde endlich aufgehoben und Verhandlungen über politische Reformen eingeleitet. Letztere mündeten in die Verfassungsreform vom Februar 2016, die unter anderem die Zahl der Amtszeiten des Präsidenten auf zwei beschränkte, die Ernennung des Premierministers durch die Parlamentsmehrheit festlegte, die Rede- und Vereinigungsfreiheit garantierte und die Einrichtung einer unabhängigen Wahlkommission ermöglichte, um faire und freie Wahlen zu gewährleisten.

Beziehungen Schweiz – Algerien

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Algerien sind stark geprägt durch den algerischen Unabhängigkeitskampf und die positive Rolle, welche die Schweiz bei den Verhandlungen zwischen der provisorischen Regierung der algerischen Republik und den französischen Behörden gespielt hat. Dies führte zur Unterzeichnung der **Verträge von Évian**, welche 1962 Algeriens Unabhängigkeit regelten. Gegenwärtig sind die Beziehungen zwischen der Schweiz und Algerien gut. Seit der Unterzeichnung eines Kooperationsmemorandums im Jahr 2004 finden regelmässig **politische Dialoge** statt. Seit 2012 wird dies zusätzlich durch Gespräche zum Thema der Migration ergänzt. Auf dem afrikanischen Kontinent ist Algerien zudem der zehntwichtigste Handelspartner der Schweiz (Stand: 2016). Die Schweiz exportiert traditionell Güter wie Pharmazeutika, Maschinen und Landwirtschaftsprodukte. Die Schweiz anerkennt die wichtige Rolle Algeriens im Bereich der Terrorismusbekämpfung sowie die Rolle im Bereich der friedlichen Konfliktlösung in der Region. Das nach den Aufständen in 2010/2011 zur Unterstützung der Transition etablierte **Unterstützungsprogramm für Nordafrika** der Schweiz konzentrierte sich bisher auf Länder wie Ägypten, Libyen, Marokko und Tunesien. Trotzdem wurden Programme in Algerien immer als möglich erachtet. Algerien könnte dementsprechend miteinbezogen werden. Gegenwärtig werden Pilotprojekte im Bereich der Menschlichen Sicherheit geprüft.

Nach Bouteflika die Sintflut?

Ob die Reformen von 2016 die Wahlbeteiligung erhöhen und eine umfassendere politische Teilhabe fördern oder tatsächlich zu einer echten Stärkung des Parlaments und des Amtes des Premierministers führen werden, bleibt abzuwarten. Immerhin dürfte die Begrenzung auf zwei Amtszeiten verhindern, dass ein Präsident das Amt übermässig lang für sich beansprucht, wie Bouteflika es seit seiner ersten Wahl 1999 getan hat. Theoretisch könnte Bouteflika 2019 eine fünfte Amtszeit antreten, wobei sein zunehmend schlechter werdender Gesundheitszustand dies unwahrscheinlich macht. Sein Abschied vom Amt wird wohl keine radikalen Veränderungen oder die von vielen Beobachtern prognostizierte Instabilität nach sich ziehen. Die Ablösung, ob 2019 oder vorher, wird aufgrund von Absprachen zwischen Schlüsselfiguren aus den zwei Machtzentren des bestehenden Systems – Präsidentschaft und Generalstab der Armee – erfolgen. Diese Eliten haben ein Interesse daran, die Stabilität zu wahren. Bouteflikas Nachfolger wird daher höchstwahrscheinlich dem innersten Zirkel des Präsidenten entstammen, der vom Generalstab unterstützt wird.

Der Einfluss des Generalstabs auf eine offensichtlich politische Frage ist bezeichnend für ein weiteres Hindernis bei der Demokratisierung Algeriens: die mangelnde zivile Kontrolle über das Militär. Die Auflösung der politischen Institutionen in den frühen 1990er-Jahren und die Wahl des pensionierten Generals Liamine Zeroual bei den ersten Präsidentschaftswahlen nach dem Putsch von 1992 zeigen, dass das Militär die politische Landschaft

zum Zeitpunkt der Amtsübernahme durch Bouteflika entscheidend mitbestimmte. Bouteflikas Kandidatur wurde zwar vom Militär gestützt, er selbst entstammt aber zivilen Kreisen und hat einiges unternommen, um das Präsidentenamt gegenüber der Armee und insbesondere deren allgegenwärtigem und allmächtigem Geheimdienst (*Direction du Renseignement et de la Sécurité*, DRS) zu stärken.

Seit Mitte der 2000er-Jahre hat Bouteflika Schlüsselpositionen im Generalstab mit Personen seines Vertrauens besetzt, darunter General Gaïd Salah, der als Stabschef entscheidend dazu beiträgt, die Loyalität der Armee gegenüber dem Präsidenten zu wahren. Zudem hat der Präsident kürzlich den DRS aufgelöst und durch den neuen Geheimdienst DSS (*Département de Surveillance et de Sécurité*) ersetzt, welcher nun direkt dem Präsidentschaftsamt unterstellt ist. Diese Massnahmen haben dem Präsidenten gewiss geholfen, sich ein Stück weit aus der Umklammerung des Militärs zu lösen. Dennoch sieht Letzteres sich weiterhin als Garant für die Stabilität und Einheit des Landes und nimmt nach wie vor Einfluss auf politische Entscheidungen.

Ölpreis unter Druck

Ein Faktor, der die nahe bis mittlere Zukunft Algeriens wahrscheinlich stärker bestimmen wird als Bouteflikas Nachfolge, ist der Ölpreis, der sich in den letzten Jahren mehr als halbiert hat. Da rund 49 Prozent der Staatseinnahmen von der Ölbranche abhängen (Stand: 2015), musste die Regierung beim Haushalt für 2017 Einsparungen vornehmen. Infolgedessen haben sich die Lebenshaltungskosten für die Unter- und Mittelschicht erhöht. Allerdings wurden bisher keine radikalen Kürzungen bei

Kernsubventionen wie kostenlosen Unterkünften, Bildung oder Gesundheitsleistungen vorgenommen. Angesichts der Erfahrungen aus den 1980er-Jahren wird die Regierung dies auch tunlichst vermeiden.

Schätzungen zufolge kann die Regierung die Kernsubventionen noch weitere vier Jahre mithilfe von Währungsreserven aufrechterhalten – also bis zum Ende von Bouteflikas jetziger Amtszeit 2019 und darüber hinaus. Algerien hat ausserdem nur geringe Auslandsschulden und könnte seine Ausgaben daher durch Kredite decken. Den IWF, dessen Ruf seit dem Sparkurs Ende der 1990er-Jahre beschädigt ist, wird die Regierung wohl eher meiden; sie kann sich aber Geld von der Afrikanischen Entwicklungsbank leihen, was sie im Übrigen 2016 bereits getan hat.

Neben diesen Sofortmassnahmen besteht immer noch die Hoffnung, dass der Ölpreis wieder auf ein behaglicheres Niveau steigt oder die schwindenden Währungsreserven mithilfe des Schiefergases gerettet werden können. Allerdings ist keine dauerhafte Erholung des Ölpreises abzusehen, und die mangelnden Investitionen in die Öl- und Gasinfrastruktur werden eine Exportsteigerung erschweren. Die Förderung von Schiefergas würde ebenfalls erhebliche Investitionen in Infrastruktur und Technologie erfordern, um sich zur massgeblichen Einkommensquelle zu entwickeln. Wenn dies nicht schnell genug passiert, besteht die Gefahr, dass die sozioökonomisch bedingten Proteste, die bereits in überschaubarem Ausmass stattfinden, sich intensivieren und ausser Kontrolle geraten.

Mikroproteste sind zweifellos alltäglicher geworden, da es an glaubwürdigen institutionellen Mechanismen fehlt, über die sich die Menschen Gehör verschaffen könnten. Das Ausbleiben einer radikalen Reform des Regierungsmodells und einer Entwicklung hin zur deliberativen Demokratie könnte daher die Spannungen infolge der geringeren Öl- und Gaseinnahmen vertiefen. Bisher beschränkten sich die Proteste noch auf einzelne Bezirke oder Branchen. So konnte die Regierung auf die Forderungen eingehen, die sich häufig auf Gehälter, Wohnungen oder Ähnliches bezogen. Solange die Erinnerung an den Bürgerkrieg

noch in den Köpfen präsent ist, wird die algerische Bevölkerung wohl nicht bereit sein, einen grundlegenden Systemwandel zu erkämpfen.

Internationalisierter Dschihadismus

Der Bürgerkrieg hat seine Spuren auch in anderer Hinsicht hinterlassen. Obwohl Algerien sich recht gut stabilisiert hat und der radikale Islam keine ernsthafte Bedrohung für das Regime mehr darstellt, leidet das Land weiterhin unter der dschihadistischen Gefahr. Infolge der Amnestie von 1999 und einer weiteren im Jahr 2005 hatten viele islamistische Guerillas ihre Waffen niedergelegt, darunter vor allem diejenigen mit überwiegend nationaler Zielsetzung, wie die AIS, der es im Wesentlichen um eine Rückkehr der FIS in die politische Arena ging.

Ein Grossteil der Dschihadisten mit internationaler Ausrichtung blieb jedoch auf freiem Fuss, insbesondere die Mitglieder der Salafistischen Gruppe für Predigt und Kampf (*Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat*, GSPC), welche sich im Jahr 2006 mit der Kaida zusammenschloss und im Jahr darauf in die «Kaida im islamischen Maghreb» (*Al-Qaeda dans le Maghreb Islamique*, AQMI) umbenannte. Die AQMI verfügt über zwei wichtige Untergruppen, eine davon in der Kabylei im Nordosten und eine in der Sahara. Letztere erwies sich als besonders erfolgreich und veranlasste ihren Anführer 2013 zur Bildung der Splittergruppe Al-Mourabitoun.

Al-Mourabitoun trat erstmals im Januar 2013 bei der Inbesitznahme der Gasförderanlagen von Tigantourine bei In Aménas nahe der libyschen Grenze auf den Plan, bei der 800 Mitarbeiter als Geiseln genommen wurden. Es wird berichtet, dass die Angreifer über Libyen ins Land kamen, wo sie möglicherweise logistische Unterstützung erhielten. Die Geiselnnehmer forderten die Beendigung der französischen Militärinterventionen in Mali. Durch den Vorfall wurde deutlich, welche Bedrohung von den geschwächten Nachbarländern Algeriens für dessen innere Sicherheit ausgeht. Hierzu zählen nicht nur Mali und Libyen, sondern auch Tunesien, in dem einige AQMI-Kämpfer Unterschlupf gefunden haben.

Darüber hinaus bewirkten die Erfolge des sogenannten «Islamischen Staats» (IS) im Nahen Osten die Bildung einiger kleiner IS-Untergruppen in Algerien, von denen die meisten bisher keine Angriffe verübt haben. Aufgrund ihrer Konkurrenz zum IS hat sich die AQMI indessen erneut mit Al-Mourabitoun zusammengeschlossen und ihren Kampf in Algerien verschärft. Auch wenn das Gewaltniveau verglichen mit den 1990er-Jahren gering bleibt, trägt die Präsenz von AQMI und IS nicht dazu bei, das Image Algeriens als stark risikobehaftetes Investitionsumfeld zu verbessern. Darüber hinaus erschwert sie eine Änderung des Status quo, insbesondere im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Zivilsphäre und Militär, da Algerien für Europa und die USA einen wichtigen Partner bei der Terrorismusbekämpfung darstellt.

Blick in die Zukunft

Ungeachtet der Spekulationen über eine drohende Instabilität scheint das algerische Regime zumindest kurz- bis mittelfristig dem vielfältigen Druck gut standhalten zu können. Während sich die Herausforderungen durch den dauerhaft niedrigen Ölpreis aufgrund des trägen demokratischen Wandels vermutlich noch verschärfen werden, sind Veränderungen noch am ehesten im ökonomischen Bereich zu erwarten, wenn auch nur in bescheidenem Ausmass. Der Bedarf an umfangreicheren Investitionen im Öl- und Gassektor zur Exportsteigerung und für die Schiefergasförderung wird voraussichtlich zu einer Abschwächung des ökonomischen Nationalismus führen. Weiterhin sind wirtschaftliche Diversifizierungsbemühungen zu erwarten. Dennoch werden die genannten Massnahmen möglicherweise nicht genügen, um die langfristige Stabilität in einem Land sicherzustellen, dessen Öl- und Gasressourcen und zunehmende Bedeutung bei der Wiederherstellung der Sicherheit in der Region für Europa sehr wichtig sind.

Dr. Lisa Watanabe ist Senior Researcher am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Sie ist u.a. Autorin der Werke «[The Gulf States' Engagement in North Africa](#)» und «[Libya's Future](#)» (2016).

Die **CSS Analysen** zur Sicherheitspolitik werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Herausgeber: Christian Nünlist und Matthias Bieri
Lektorat: Fabien Merz
Layout und Infografiken: Miriam Dahinden-Ganzoni
ISSN: 2296-0236

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Bezug und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Sicherheitsmassnahmen am Flughafen Zürich Nr. 208
C-Waffenverbot in schwerem Fahrwasser Nr. 207
Frankreichs künftige Verteidigungspolitik Nr. 206
Konfessionell motivierter Terrorismus in Pakistan Nr. 205
Die Urbanisierung der Katastrophenvorsorge Nr. 204
Klimapolitik nach Paris: Unbequeme Wahrheiten Nr. 203